

„Einheit heißt nicht Anschluß“

SPIEGEL-Interview mit Markus Meckel, zweiter Sprecher der DDR-SPD

SPIEGEL: Herr Meckel, die SPD der DDR hat das Angebot ausgeschlagen, in die Regierung einzutreten. Fürchten Sie, vom Leichengift der SED angesteckt zu werden?

MECKEL: Wir wollen Regierungsverantwortung, aber nicht in dieser Regierung, sondern in einer demokratisch legitimierten.

SPIEGEL: Vor den Wahlen wollen Sie sich auf keinen Fall einbinden lassen?

MECKEL: Wir wollen uns nicht einbinden lassen, aber die Regierung Modrow als Übergangsregierung stabil halten, solange sie den Runden Tisch anerkennt und keine Entscheidungen ohne ihn macht. Am Runden Tisch arbeiten wir konstruktiv mit – wenn's geht, bis zum 6. Mai.

SPIEGEL: Und danach?

MECKEL: Nach dem 6. Mai wollen wir die stärkste Partei sein.

SPIEGEL: Sprechen wir gerade mit dem künftigen Ministerpräsidenten?

MECKEL: Ich gehe nicht davon aus.

SPIEGEL: Warum nicht?

MECKEL: Weil solche Entscheidungen in der Partei später fallen.

SPIEGEL: Wer wird der DDR-SPD-Spitzenkandidat?

MECKEL: Das entscheidet der Parteitag Ende Februar.

SPIEGEL: Dann sind es nur noch gut zwei Monate bis zur Wahl – warten Sie nicht ein bißchen zu lange?

MECKEL: Es bleibt uns nichts anderes übrig. Wir müssen jetzt die Arbeit machen, die zu machen ist. Aber die wirklichen Entscheidungen müssen durch den Parteitag fallen, weil sie sonst nicht demokratisch legitimiert wären.

SPIEGEL: Stehen Sie als Spitzenkandidat zur Verfügung?

MECKEL: Wenn die Partei es will, werde ich zur Verfügung stehen – für verschiedene Positionen.

SPIEGEL: Wen würde die SPD der DDR als Spitzenmann nominieren, wenn sie unter westdeutschen Genossen auswählen könnte?

MECKEL: Diese Frage stellt sich nicht. Aber wir haben vor allen anderen Parteien einen Vorteil: daß es einen Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale gibt, der sich mit dem, was wir tun, identifiziert, der ein Symbol ist und Willy Brandt heißt. Er ist der Mann, an dem wir uns orientieren können.

SPIEGEL: Glauben Sie an einen „Demokratischen Sozialismus“ oder wollen Sie diesen Begriff der SED-PDS überlassen?

MECKEL: Wir werden diesen Begriff nicht den Kommunisten überlassen,

SPIEGEL: Sondern?

MECKEL: Einheit heißt für uns, daß die Deutschen in beiden deutschen Staaten aufeinander zugehen wollen und daß wir gleichzeitig als DDR auch davon abhängig sind – ich sage dieses Wort bewußt –, wirtschaftliche Hilfe und nicht nur Zusammenarbeit zu erhalten. Wenn hier keine Konsolidierung stattfindet, gehen die Leute einfach. Das kann auch eine Bundesrepublik auf Dauer sicher nicht verkraften.

SPIEGEL: Wir haben den Eindruck, daß viele Leute gehen, weil sie nicht länger auf die Vereinigung warten wollen.

MECKEL: Wir sind ja für Vereinigung. Die Frage ist nur: Welche realistischen Schritte sind jetzt möglich? Bundeskanzler Kohl hat am Anfang sehr viele Emotionen geweckt.

SPIEGEL: Willy Brandt aber auch, als er sagte: Nun wächst zusammen, was zusammengehört.

MECKEL: Das ist eine ganz andere Formulierung. Die kann ich tragen. Sie redet von einem Prozeß. Aber das Gerede von der Wiedervereinigung kann ich nicht tragen.

SPIEGEL: Welches Gerede?

MECKEL: Das von Herrn Kohl zum Beispiel, der anfangs von einem schnellen Weg zur Wiedervereinigung gesprochen hat. Wir denken, daß genau das nicht möglich ist. Erstens wegen des Begriffes nicht, der rückwärtsgewandt ist. Und zweitens, weil das wirklich verantwortlich organisiert werden muß. Wir wollen eben nicht nur einen Anschluß, der hier sämtliche sozialen, ökologischen und auch demokratischen Prozesse behindern oder gar verhindern würde. Wir wollen die Selbstbestimmung. Das ist der zentrale Punkt. Unser Ziel ist ein föderativer deutscher Staat in einem einigen Europa, und zwar in den Grenzen von 1990, mit klarer Anerkennung der Westgrenze Polens.

SPIEGEL: Worin unterscheidet sich Ihr Bekenntnis zur Marktwirtschaft von



Sozialdemokrat Meckel: „Wir wollen Selbstbestimmung“

denken aber, daß er sich für den Wahlkampf kaum eignet.

SPIEGEL: Mit welchem Slogan wollen Sie gewinnen?

MECKEL: Das ist sehr schwierig, wir wissen es noch nicht. Wir haben zwar Ziele und konkrete Vorstellungen, aber noch nicht den griffigen Slogan.

SPIEGEL: Was wäre Ihnen denn wichtig?

MECKEL: Ich würde sagen: mit Recht und Freiheit für eine ökologische soziale Marktwirtschaft. Das sind die Elemente, die uns wichtig sind.

SPIEGEL: Die Einheit ist für Sie kein Wahlkampf-Thema?

MECKEL: Doch, aber Einheit heißt für uns nicht Anschluß der DDR an die BRD.



Wahlhelfer Brandt, Genossen (in Magdeburg): „Ein Symbol“

dem der CDU oder des „Demokratischen Aufbruch“?

MECKEL: Marktwirtschaft wollen andere auch, interessanterweise wollten sie es aber alle erst nach uns.

SPIEGEL: Sie haben gesagt: „Initiative muß sich wieder lohnen.“ Das klingt wie der Wahlslogan der West-CDU: „Leistung muß sich wieder lohnen.“

MECKEL: Na und? Leistung und Können müssen sich lohnen in diesem Land. Alles, was sozial verteilt wird, muß ja irgendwie bezahlt werden. Das heißt: Eine Wirtschaft muß erst einmal florieren – und sie floriert nur als Marktwirtschaft. Das ist unsere feste Überzeugung.

SPIEGEL: Wie hält es die SPD-Ost mit Ökologie und Atomenergie?

MECKEL: Wir sagen klar: Atomenergie kann nicht die Energieform der Zukunft sein, die wir haben wollen. Wir sind – zumindest langfristig – für einen Ausstieg. Unser großes Problem ist die Braunkohle. Da müssen wir raus: Durch Energieeinsparung und vielleicht auch durch den Import von Atomstrom, zum Beispiel aus dem Westen. Ich denke, daß das – als eine Übergangsform – immer noch günstiger ist, als mit großen Investitionen Atomkraftwerke zu bauen, die man dann wieder verschrotten muß.

SPIEGEL: Wie schätzen Sie die Wahlchancen der DDR-SPD ein?

MECKEL: Wir können die Wahl nur mit den anderen gewinnen. Nach dem 6. Mai wird es mit Sicherheit eine Koalitionsregierung geben.

SPIEGEL: Wer könnte Ihr Koalitionspartner werden?

MECKEL: Ich könnte mir den Demokratischen Aufbruch vorstellen.

SPIEGEL: Und wen noch?

MECKEL: Einige der Parteien und Gruppen – aber nicht die SED.

SPIEGEL: Denken Sie auch an die alten Blockparteien als Koalitionspartner?

MECKEL: Das hängt von dem Wahlergebnis und den Koalitionsverhandlungen ab.

SPIEGEL: Vor der Wahl wollen Sie keine Koalitionsaussagen machen?

MECKEL: Wahrscheinlich nicht. Wir müssen erst die Wahlprogramme der anderen Parteien kennen; bisher hat erst der Demokratische Aufbruch Aussagen gemacht; und die sind uns so nahe, daß ich mir eine Koalition vorstellen könnte.

SPIEGEL: Wer finanziert Ihren Wahlkampf?

MECKEL: Wir haben bisher noch keinen Wahlkampf geführt, der finanziert werden mußte. Aber natürlich werden wir stark von der SPD unterstützt. Das Wichtigste aber, was im Augenblick passiert, ist nicht die finanzielle, sondern die strategische Hilfe: Wir reden miteinander. Das hilft uns sehr.

SPIEGEL: Befürchten Sie nicht, dabei erdrückt zu werden?

MECKEL: Bisher wurde sehr sensibel auf unseren Wunsch reagiert, daß wir eigenständig bleiben wollen. Man erkennt an, daß wir hier zu entscheiden haben. Wir sagen schon sehr deutlich, daß wir bestimmte Dinge wirklich allein machen wollen.

SPIEGEL: Haben Sie schon eine Vorstellung, was Ihrer Partei aus dem Erbe der alten SPD gehört?

MECKEL: Wir sind dabei, das zu recherchieren, und haben auch schon einiges Material in der Hand.

SPIEGEL: Wo forschen Sie?

MECKEL: Wir fragen herum. Wir erhalten auch Aussagen aus der SED selbst. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

SPIEGEL: Sind Sie Rechtsnachfolgerin der alten SPD?

MECKEL: Ja.

SPIEGEL: Sie sind eine neue Partei, Sie haben nur den alten Namen.

MECKEL: Wir haben den Namen, wir haben den Anspruch. Das ist das erste, das wichtigste. Rechtsfragen sind zu einem wichtigen Teil Anerkennungsfragen. Unsere Ansprüche werden wir, wenn es nötig wird, später auch vor den Gerichten geltend machen.

DDR/Kernkraft

Alles tot

Über Jahre galt Atomkraft in der DDR als risikolos. Auch eine Beinahe-Katastrophe im Kraftwerk Lubmin bei Greifswald wurde verschwiegen.

Im Ministerium für Schwerindustrie in Ost-Berlin setzte Umweltminister Klaus Töpfer zu einer detaillierten Erklärung an. Präzise wollte er begründen, warum eine Sicherheitsanalyse der DDR-Atommeiler unter seiner Obhut nur nach bundesrepublikanischen Kriterien ablaufen kann und warum es nötig sei, über die Alternative „Abschalten und Abreißen“ oder „milliardenteure Nachbesserung“ öffentlich zu reden.

Der Bonner konnte sich den Atem sparen. Nach wenigen Sätzen fiel ihm sein Partner, DDR-Minister Kurt Singer, ins Wort: „Sie brauchen nicht weiter zu reden, schon kapiert. Wird so gemacht.“

Der kurze Dialog kennzeichnete die dreitägige Atomvisite Töpfers im anderen deutschen Staat. Der Minister und sein Gefolge inspizierten das DDR-Endlager für schwach- und mittelaktiven Atom Müll im Salzstock von Morsleben, die Großbaustelle für zwei 1000-Megawatt-Atommeiler bei Stendal und – vor allem – den Kernkraft-Komplex „Nord“ in Lubmin bei Greifswald an der Ostseeküste. Töpfer und seine Experten erhielten jede gewünschte Information über jede Nuklear-Anlage, noch vor wenigen Wochen ängstlich gehütete Staatsgeheimnisse.

Sogar eine kleine Schar ost-westlicher Demonstranten kam unbehelligt, fast wohlwollend geduldet, zum Zuge. „Die bundesdeutsche Atomüberwachung“, schwärmte ein Töpfer-Helfer, „war in der DDR unterwegs.“

Die neue Offenheit, als vertrauensbildende Aktion angelegt, ist keineswegs Beleg dafür, daß es womöglich eine heile Atomwelt im Mängel- und Pannensaat DDR gäbe. Im Gegenteil: Die vier alten 440-Megawatt-Blöcke des Kombi-